

# Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22½ Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18¼ Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonieen und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das vierte Quartal werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen. Bei Bestellungen, die noch in diesem Monat erfolgen, kann mit Sicherheit auf Nachlieferung aller Nummern aus der bereits verflossenen Zeit des Quartals gerechnet werden.

## Vortrag

vor der allgemeinen Arbeiter-Versammlung in der Berliner „Alhambra“, am 15. October l. J.

(Mit einiger Ausfesselung nach stenograph. Aufzeichnung.) (Fortsetzung.)

Erstens pflegt die Bourgeois-Deconomie nachfolgendes auszuführen:

Durch die Fortschritte der Wissenschaft wird die Herstellung neuer Maschinen ermöglicht; Maschinen aber ersparen menschliche Arbeitskraft, insofern sie gewissermaßen statt des Menschen arbeiten. Es wird daher immer mehr möglich, mit geringerer Arbeitskraft Größeres zu leisten. — M. H.! Ich habe Ihnen in meinem letzten Vortrage gezeigt, wie es mit dieser Behauptung steht. Richtig ist, daß durch die Erfindung von Maschinen menschliche Arbeitskraft erspart wird, aber ebenso richtig ist, daß dieser Vortheil nicht der arbeitenden, sondern der kapitalbesitzenden Klasse zu Gute kommt. Welches die inneren Gründe sind, warum dies so sein muß und nicht anders sein kann, dies, wie gesagt, habe ich bereits auseinander gesetzt. Bei der besonderen Wichtigkeit des Punktes aber will ich doch nicht verschlen, den Sachverhalt noch durch ein besonderes Beispiel klar zu stellen.

Denken Sie sich eine Arbeit, an der täglich sechs Arbeiter thätig sind. Nun wird eine Maschine erfunden, welche für sich allein täglich so viel liefert, wie die sechs Arbeiter zusammen, und dabei nur einen Mann zu ihrer Bedienung nöthig hat. Würde nun unter den jetzigen Verhältnissen die Erfindung und Herstellung der Maschine den Arbeitern zu Gute kommen können, so müßte hierbei die Sache sich einfach so gestalten: daß jeder der sechs Arbeiter einen Tag in der Woche die Maschine bedient, während die fünf anderen spazieren gehen oder vielmehr einer andern Arbeit sich hingeben könnten. Am Schlusse jeder Woche, wo ebensoviel geleistet wäre, wie früher, würde der alte Lohnsatz unter sie vertheilt, und sie hätten sich nur den in der Maschine stekenden Werth in Abzug bringen zu lassen. So aber, m. H., gestaltet sich die Sache nicht, wie Sie sehr gut wissen; sondern wenn die neue Maschine erfunden und hergestellt ist, so erklärt unser Fabrikherr seinen sechs Arbeitern, daß er nunmehr nur noch eines einzigen bedürftig

sei, fünf somit ihres Weges gehen könnten. Und an diesem Sachverhalt wird auch dadurch nichts geändert, daß etwa in Folge der Erfindung der neuen Maschine die Production in dem betreffenden Fache, weil erleichtert, zunimmt, so daß wieder mehr Arbeiter Beschäftigung finden; denn dieselben stehen nach wie vor unter der Herrschaft des unwandelbaren Lohngesetzes, wonach der Arbeiter immer nur das für des Lebens Nothdurft durchaus Erforderliche erhält. Sie sehen also deutlich, daß die Segnungen, welche die Errungenschaften der Wissenschaft, das Maschinenwesen und alle die zahllosen Verbesserungen der Werkzeuge und Hilfsmittel der menschlichen Gesellschaft bringen könnten, nicht dieser Gesellschaft, sondern nur der kleinen, Kapital besitzenden Klasse zu Gute kommt. (Beifall.)

Ein zweites, m. H., was Ihnen von Seiten der Bourgeois-Deconomie entgegengehalten wird, ist der Hinweis darauf: daß in industriell vorgeschrittenen Ländern, insbesondere in England, der Lohn ein höherer sei, als bei uns, woraus geschlossen werden müsse, daß der Arbeiter mit der Fortentwicklung der modernen Industrie in eine immer günstigeren Lage komme. M. H., die Thatsache ist richtig, der Schluß falsch; falsch darum, weil die Thatsache nur äußerlich wahr ist, nicht aber dasjenige enthält, was sie zu enthalten den Anschein hat. Es ist richtig, m. H., daß der Lohn, den man in London ansbezahlt, höher ist als der Lohn, der in demselben Geschäftszweige hier entrichtet wird. Aber, m. H., machen Sie sich klar, was es für eine Bewandniß mit den Thalern hat, die man Ihnen Sonnabends in die Hand giebt. Nicht wie viele Thaler Sie bekommen, ist das Entscheidende, sondern: wie viele Werthgegenstände Sie sich für die erhaltenen Thaler beschaffen können; näher ausgeführt: was Sie für diese Thaler an Wohnung, Brennmaterial, Lebensmitteln, u. s. w. haben können. Wenn Sie sich denken, daß etwa in Väterbogh eine Arbeiter-Wohnung durchschnittlich halb so viel kostet, wie hier in Berlin, auch manches Andere dort wohlfeiler zu haben ist, so werden Sie leicht erkennen, daß wenn einer z. B. hier Sonnabends sechs Thaler bekommt, er in Wahrheit, der gesellschaftlichen Wirkung nach, durchaus nicht mehr bekommt, als Einer, der in Väterbogh 4 Thaler ausgezahlt erhält. Aus Gründen, die auszuführen hier zu weitläufig wäre, tritt die Erscheinung hervor, daß an den Hauptpunkten der großen Industrie, an Punkten, wo die Häden der Gesellschaft zusammenlaufen, auch in den vorgeschrittensten Ländern überhaupt, die Preise wichtiger Lebensbedürfnisse erhöht sind, wonach dann allerdings auch die Löhne steigen müssen. Was also für Sie in dieser ganzen Frage in Betracht kommt, ist lediglich dies: ob Sie für eine größer gewordene Thaleranzahl mehr Werthgegenstände beschaffen können, oder nicht. Wenn Sie festhalten, daß die englischen Arbeiter von ihrem

höheren Geldlohn nicht besser leben können, ja, durchschnittlich und Alles in Allem genommen, sogar schlechter leben müssen, wie Sie, so werden Sie auch erkennen, daß die behauptete Steigerung der Löhne in größeren Industrieländern eine nur scheinbare ist, nicht aber das beweist, was sie nach dem Wunsche der Bourgeois-Deconomie beweisen soll. (Beifall.)

M. H., die Bourgeois-Deconomie schlägt der Arbeiterklasse auch practische Mittel vor, um sich zu heben; d. h. sie verläßt sich nicht vollständig auf die Entwidlung der Dinge, sondern verlangt zugleich, daß die Arbeiter durch dieses oder jenes practische Eingreifen da und dort sich Vortheile erringen sollen. Die Behandlung der desfallsigen Vorschläge gehört jedoch in den zweiten Theil meines Vortrages, wofelbst ich Ihnen die von unserer Partei vorgeschlagenen Mittel zur Hebung der arbeitenden Klasse vorlegen werde, zu welchem Zwecke ich jedoch vorher einen Blick auf die von Seiten der Bourgeois-Deconomie vorgeschlagenen Mittel werfen muß.

Haben wir nun im Bisherigen die Auffassung der Bourgeois-Deconomie betrachtet, so gehen wir nunmehr, gewissermaßen von vorn anfangend, dazu über, die Verhältnisse im Geiste der Arbeiter-Deconomie zu beleuchten. (Fortsetzung folgt.)

## Politischer Theil. Deutschland.

\* Berlin, 19. Oct. [Zur großmächtlichen Action gegen Frankfurt] schreibt der „Köln. Ztg.“ unterm 17. d. M. von hier derselbe Correspondent, von dem die erste Nachricht herrührte, wie folgt:

Wir schrieben Ihnen gestern, daß, wie es scheint, die von Seiten Oesterreichs und Preussens dem Frankfurter Senate überreichten Noten (oder Depeschen) in identischer Form gefaßt seien. Nach heute uns zugegangenen Mittheilungen ist dies nicht der Fall, sondern es soll das österreichische Schriftstück eine mildere Fassung haben, was zur Befestigung der Meinung dienen kann, daß die Anregung zu diesem Schritte von hier ausgegangen ist. Daß dem Frankfurter Senate Seitens der beiden Mächte zu verstehen gegeben ist, dieselben würden anhängen Falles selbst ihre Maßregeln gegen Ausschreitungen gleich denen, über die sie Beschwerde führen, ergreifen, wird uns von Neuem bestätigt. Es scheint auch, daß der Senat bereits seine Absicht kund gegeben hat, die ihm gewordene Mahnung oder Aufforderung zur Kenntniß des Bundestages zu bringen und bei demselben Beschwerde zu erheben. Bekanntlich nimmt der Bundestag am 26. October seine Sitzungen wieder auf. Es ist demnach wahrscheinlich, daß die Angelegenheit bereits an diesen Tage zur Sprache kommen wird. Außerdem darf man mit einiger Spannung der auf den 29. October anberaumten Versammlung des Nationalvereins entgegensehen; schwerlich wird sich trotz des Schrittes der beiden Großmächte der Senat veranlaßt finden, dieselbe zu inhibiren.

Das „Frankf. Journ.“ bringt an der Spitze des Blattes, unter Frankfurt, 18. Oct., Nachfolgendes:

Von authentischer Stelle erhalten wir die Mittheilung, daß die in der „N. Frankf. Btg.“ enthaltene Nachricht von dem Eingange österröcherischer und preussischer Noten bei diesem Senate zwar allerdings richtig ist, daß dagegen ein Beschuß des Senates über deren Beantwortung noch nicht gefaßt wurde und überhaupt noch nicht gefaßt werden konnte, weil die Noten erst an das Polizeiamt zur Berichterstattung abgegangen sind. Erst nach Eingang dieses polizeiamtlichen Berichtes, der übrigens bereits gestern erfolgt sein soll, wird die Angelegenheit im Senate zur Berathung gelangen.

Der Frankfurter Senat wird nun zeigen müssen, daß er Ehre im Leibe hat.

Telegraphisch wird berichtet, daß der gesetzgebende Körper zu Frankfurt a. M. gestern einstimmig beschloß, den Senat um Auskunft über die an denselben gerichteten Noten der beiden „deutschen“ Großmächte zu eruchen und die Erwartung auszusprechen, daß der Senat die Unabhängigkeit des Staates aufs Kräftigste wahren werde. — Bravo! Sehen wir doch zu, welche Regierung in Deutschland, wenn Frankfurt mit Entschiedenheit seine Selbstständigkeit wahrt und jede Einmischung abwehrt, zuerst den Muth haben wird, das bestehende Recht zu Gunsten des Rückschritts mit Füßen zu treten! Sehen wir zu insbesondere, ob unser deutsches Vaterland zur habsburg-hohenzoller'schen Domaine geworden ist

[Höchst bezeichnend für die Bourgeoisie] ist, was das „Wochenblatt des Nationalvereins“ in Bezug auf den Abgeordnetentag sagt: Am wenigsten wird man den Vertrauensmännern und Vertretern des preussischen Volkes ohne Unvernunft zumuthen können, daß sie sich von den preussischen Machtbestrebungen lossagen und die denselben entsprechenden Interessen des Staats verläugnen. Eine solche Rolle wäre die eines Unzurechnungsfähigen oder eines Verräthers. Den preussischen Staat in seinen jetzigen territorial-Verhältnissen festzuhalten, bis die rechte Stunde kommt zur Zertrümmerung seines gerechtfertigten Baues, mag die wohlverstandene Aufgabe der österröcherischen oder der französischen Cabinetpolitik sein; die besten Bürger des eigenen Staates aber für eine solche Politik werden zu wollen, kann denn doch nur die Tollheit selbst versuchen.

Man sieht, hier wird ganz offen eingestanden, daß diese Schwäger, die sich Jahre lang als „deutsche Männer“ geberdeten, weiter nichts sind, als spezifische Preußen, d. h. Leute, denen das preussische, nicht das deutsche Interesse in erster Linie steht. Recht schön! Den Vortheil hat die Sache wenigstens, daß in Zukunft jeder ausgelacht werden wird, der wieder einmal den Versuch machen sollte, in national-vereinerlicher Weise das Großpreußenthum unter deutschem Deckmantel an den Mann zu bringen. Es ist gut, wenn die Preussischen, österröcherischen, bairischen u. s. w. Particularisten sich offen als solche bekennen — dies wird diejenigen, deren Herz für die große Idee eines nationalen Deutschlands schlägt, nur veranlassen, immer mehr jede Verührung mit dem Particularismus zu meiden.

[Die preussische Marine betreffend] giebt die neueste „Prov.-Corr.“ nachstehende Auskunft:

Die Entwicklung der preussischen Marine, für welche das Abgeordnetenhaus die beantragten außerordentlichen Bewilligungen versagt hat, wird von Seiten der Staatsregierung, soweit es die vorhandenen Mittel gestatten, dennoch lebhaft und erfolgreich gefördert, namentlich wird auch mit der Herstellung und Erwerbung tüchtiger Kriegsschiffe jeder Art nach Maßgabe der verwendbaren Mittel unablässig vorgeschritten. — Die Zeitungen erzählen nun, daß die Regierung jetzt mit einem Male gleich zehn neue Panzerschiffe bestellt habe: an diese Nachricht werden dann allerlei Bedenken wegen der Zweckmäßigkeit und wegen des Kostenpunktes geknüpft. Die ganze Mittheilung beruht jedoch auf Erfindung oder auf einem Mißverständnis. Die Regierung hat wegen neuer Schiffsbauten allerdings zehn Schiffsbefehle zur Einreichung von Anschlägen aufgegeben, keineswegs aber, um gleich zehn Schiffe zu bestellen, sondern um die Anschläge zu vergleichen und die vortheilhaftesten darunter zu wählen. Aus diesem Umstande mag das falsche Gerücht entstanden sein.

[Zu den Kieler Besatzungsverhältnissen] sagt die „Prov.-Corr.“:

Eine Uebereinkunft zur Regelung der Kieler Besatzungsverhältnisse vom 21. September bestimme die Stellung und die Befugnisse des preussischen Hafen-Commandanten in Kiel, als Vertreters des mit dem Ober-Commando sämtlicher preussischen Truppen in den Herzogthümern beauftragten Gouverneurs. Innerhalb des Kieler Hafens läßt Preußen die Polizei über alle Kriegs- und Handelsfahrzeuge seiner und fremder Nationen vermittelst eines beständig dort stationirten Wachtschiffes. Diese Uebereinkunft sei bereits in Kraft.

**Ausland.**

\* Paris, 17. Oct. [Tagesbericht.] Der preussische Botschafter, Graf v. d. Goltz, ist aus Biarritz wieder in Paris angekommen. Derselbe hatte bereits eine Conferenz mit Hrn. Drouyn de Lhuys. — Gestern fand in St. Cloud unter dem Vorsitz des Kaisers Ministerrath statt. — Wie es heißt, wird der Hof erst am 4. November nach Compiègne abgehen. — Das offiziöse Pays enthält heute eine Note, um die Gerüchte zu widerlegen, denen zufolge der englische Einfluß in Madagaskar dominirend sei. Nichts ist ihm zufolge unrichtiger. — Die Broschüre des mainzer Bischofs Hrn. v. Ketteler über die Frage: „Kann ein Katholik Freimaurer sein?“, ist von Hrn. P. Bélet in das Französische übersezt worden. — Die Nachricht, daß das Musikcorps des in Raftast liegenden 34. preussischen Infanterie-Regiments nach erhaltener kaiserlicher Genehmigung in Uniform nach Paris kommen wird, um ein Concert zu geben, läßt auf die Börse einen günstigen Einfluß aus. Dieses preussische Musikcorps ist dasselbe, welches in Lyon war und dort so große Triumphe feierte. — Der Abend-Moniteur bricht heute das Schweigen, indem er meldet, daß die Cholera in Paris ausgebrochen ist. Sein Bericht enthält aber nichts, was der Erwähnung werth wäre. Er beschränkt sich darauf, zu sagen, daß die Cholera in der französischen Hauptstadt in Folge des durch den Kaiser befohlenen Umbaus derselben nicht mehr die früheren Verheerungen anrichten könne, und giebt dann Verhaltensmaßregeln, welche man während der Epidemie zu beobachten habe. Die Artikel über die Seuche, welche die heutigen medicinischen Journale mittheilen, verdienen ebenfalls keine Beachtung, da sie einerseits keine Ziffern enthalten und andererseits mit der Behauptung, die Cholera sei in der Abnahme begriffen, der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlagen. Nur in so fern haben sie Recht, daß sie behaupten, die Cholera trete gelinder auf, als in früheren Zeiten, obgleich eben so schreckliche Fälle wie 1832 und 1849 vorkämen. — Der Abend-Moniteur meldet, daß die Regierung eine Commission ernannt hat, welcher der Auftrag geworden ist, alle Thatfachen und Elemente zur Würdigung der sogenannten cooperativen Arbeiter-Gesellschaften zu sammeln. Unter den Mitgliedern dieser Commission, welche unter dem Vorsitz des Staats-Ministers oder des Ministers für Ackerbau, Handel und öffentliche Arbeiten ihre Berathungen pflegen wird, gewahrt man auch den Namen des Herrn Darimon.

\* London, 17. Oct. [Zum Verhältniß der Union zu Frankreich.] Ob nicht der Bericht des New-Yorker Times-Correspondenten über die Stellung der Regierung von Washington zu dem mexicanischen Kaiserreiche und Frankreich zu stark gefärbt sein mag, wollen wir fürs Erste dahingestellt sein lassen. Daß ihm aber, was die allgemeine Lage anbelangt, ein gut Theil Wahrheit zu Grunde liegt, scheint uns kaum zu bezweifeln. Dieser Ansicht sind auch die Times. In ihrem heutigen ersten Leitartikel heißt es:

Die Invasion Mexico's durch ein europäisches Heer, der Sturz der Republik und die Errichtung einer Monarchie an ihrer Stelle, so wie die Jagd auf einen Präsidenten, der von einer Provinz zur andern geht wird, während ein dem freiheitsfeindlichen Hause Habsburg angehöriger Kaiser in der Hauptstadt den Pomp der alten Welt entfaltet, das alles sind Ereignisse, welche natürlich überall in den Vereinigten Staaten viel böses Blut verursacht haben. Unter den Hauptgründen, welche den Norden während des kürzlich beendigten Krieges zum Ausbarren bewegen, war der Umstand, daß er in der Invasion Mexico's die natürliche Folge der Secession erblickte und daß er glaubte, nur die Wahl zwischen zwei Dingen zu haben, nämlich, ob er die Republik in ihrer alten Größe und Macht wiederherstellen oder sich der

Einmischung und Vormundschaft Europa's unterwerfen wolle. Diese Gefühle haben, wie es scheint, in den von der Regierung zu Washington an Frankreich gerichteten Depeschen bereits ihren Ausdruck gefunden. Was auch immer die präcise Form der Beschwerden sein mag, die Herr Seward erhoben hat oder erheben wird, was für Erklärungen auch immer der Präsident dem Congresse gegenüber abgeben und wie er sich gegen das neue Kaiserreich benimmt mag: so viel steht fest, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich eine kühle Stimmung, um um seines stärkeren Ausdrucks zu bedienen, herrscht, und daß die Occupation Mexico's durch europäische Truppen möglicherweise zu unangenehmen Mißbilligungen führen wird. — Das Cabinet zu Washington scheint von den Plänen des Kaisers der Franzosen eine übertriebene Vortheilung zu haben. Auf den Bericht eines Consuls hin ist es zu dem Schlusse gelangt, daß Frankreich im Begriffe stehe, ein starkes Corps ägyptischer Truppen, welches der Consul ein „Regerheer“ nennt, abzuschicken. Daher die entsprechende Entrüstung. Mag nun Herr Seward der Sache in einer Depesche an den Gesandten zu Paris Erwähnung gethan haben oder nicht, es unterliegt gar keinem Zweifel, daß eine derartige Nachricht in Washington eingetroffen ist.

Weiter wird dann ausgeführt, daß diese Nachricht selbst wenig glaubwürdig sei. — Inzwischen ist bekanntlich eine New-Yorker Depesche vom 6. d. eingetroffen, des Inhalts, daß die Unionsregierung sich bereit habe, alle bezüglichen Angaben offiziös zu dementiren, indem sie erklärt, an ihrer bisher beobachteten Neutralität auch fernerhin getreulich festhalten zu wollen. Jedensfalls aber besteht eine Spannung zwischen den beiden Regierungen und mag die Sache dem französischen Kaiser zur Warnung dienen. Die monarchische, bonapartistisch-habsburg'sche Schöpfung in Mexiko wird übrigens ohne Zweifel in sich selbst zusammenbrechen, auch wenn sie nicht weiter von außen beunruhigt wird.

[John Stuart Mill über die Negersfrage.] Von John Stuart Mill, dem National-Ökonomen und neuen Parlaments-Mitgliede für Westminster, liegt ein interessantes Schreiben über die Negersfrage vor. Mill erkennt bereitwillig an, daß die Abschaffung der Sklaverei das ruhmreiche Resultat des langwierigen, opfervollen Krieges, eine große Errungenschaft ist. Entschieden erklärt er sich aber gegen die neuerlich beliebte Reconstructions-Politik. Von zwei Dingen eines. Entweder müsse man den Neger dadurch zu schätzen suchen, daß man die weiße und die farbige Race legislativ ganz von einander trenne und die Angelegenheiten der letzteren einer separirten Verwaltung von Bundes wegen übergebe. Dies führe zu einer beschränkten, unangenehmen Verwaltung erzeugenden Oberaufsicht über den Süden, was sich mit dem Grundsatze freier Regierungsformen nicht vertrage. Oder man überlasse es den einzelnen Staaten, die Negersfrage zu lösen; dann könne man gewiß sein, daß die bisherigen Herren suchen würden, die kaum Befreiten wieder faktisch ins Sklaventhum hinabzudrücken. Jahre müßten vergehen, vielleicht Generationen verschwinden, ehe die Büren, welche die Institution der Sklaverei in dem Geiste der Bevölkerung zurückgelassen, gänzlich getilgt seien. Mill billigt weder die Einsetzung eines besonderen Bundesbüreaus für die farbige Race, noch auch will er die Rebellenstaaten auf der alten Verfassungsbasis wieder zugefassen wissen. Er spricht sich vielmehr für eine radikale staatliche und gesellschaftliche Reorganisation des Südens aus. Man gebe, sagt er, dem Süden wirkliche Selbstregierung, aber man schließe die farbige Bevölkerung nicht davon aus, sondern bemühe sich vielmehr, den durch verdorbene Einrichtungen corruptirten Theil der weißen Population vermittelst der schwarzen loyalen Bürger und vermittelst einer nördlichen Einwanderung zu neutralisiren. Man wende dagegen nicht ein, daß, nach der Theorie des Nordens selbst, die Südstaaten eigentlich nie die Union verlassen könnten, und darum ein Recht auf Wiederherstellung der früheren Befugnisse hätten. Indem die Südstaaten rebellirten, wurden sie gesetzlich ihrer Unionspflichten nicht ledig; wohl aber verloren sie dadurch ihre Privilegien. Wahre Narrheit, sagt Mill, wäre es von Seiten der Sieger, wenn sie jetzt ihren bittersten Feinden ohne Weiteres das Recht zurückgeben wollten, nicht bloß sich selbst und die in ihrem Umkreis befindlichen Neger zu regieren, sondern auch vermittelst der südlichen Repräsentanten im Congreß über die freien Staaten selbst zu herrschen. Gestatte man eine solche bedingungslose Rückkehr, so werde die Nichtanerkennung der Staatsschuld die nächste Folge sein. Die südlichen Deputirten würden entweder die Anerkennung der Rebellen Schuld verlangen oder ihrerseits die Anerkennung der Staatsschuld verweigern. Grundlag müsse es daher sein, daß kein Landestheil, der ausschließlich oder hauptsächlich von Solchen bewohnt sei, die an